

sien fühlt sich offensichtlich auch die Mongolische Volksrepublik genügend motiviert, mit den auf ihrem Gebiet lebenden 7.000 ethnischen Chinesen fertig zu werden. Das Parteiorgan Unen beschuldigt die Chinesen, in der Mongolei als trojanisches Pferd der VR China zu Sabotage- und Spionagezwecken gewirkt zu haben. Als Zentren subversiver Tätigkeit wurden die chinesische diplomatische Mission in der Hauptstadt Ulan-Bator, ein chinesisches Krankenhaus und eine chinesische Schule genannt. Die zuletzt genannte Schule vor allem sei ein Zentrum "für die Heranbildung einer jungen Generation im Geiste des Großmachtchauvinismus", des Parasitentums und der Kriminalität. Der Schuldirektor habe mehrere "ernsthafte Straftaten begangen". Schon vor zwei Jahren hatten die mongolischen Behörden einen Anlauf zur Übernahme der Schule gemacht, die mit chinesischen Lehrern besetzt ist und denselben Lehrstoff bringt, wie es bei Schulen in China der Fall ist. Schon im März und im Juni 1979 waren einige Huaqiao ausgewiesen worden. Soll nunmehr eine Vietnamlösung angestrebt werden?

-we-

es in China insgesamt 222.273 Experten für 56 Fremdsprachen. 33.330 dieser Spezialisten befinden sich jedoch in Berufspositionen, die ihrem Kenntnisstand nicht angemessen sind. Es handelt sich hier um eine Quantität, die neunmal so hoch liegt wie die Zahl der Fremdsprachenabsolventen des Jahres 1979. Manche arbeiten als Buchhalter, Krankenschwestern, Packer oder Wächter. Dieser Zustand entstamme, so heißt es, der "ultralinken Linie", die darauf abzielte, die Intellektuellen zu diskriminieren.

Hier soll nun schleunigst Abhilfe geschaffen werden. Noch am Jahresende erhielten in Shanghai, der größten Industriestadt Chinas, 412 dieser Spezialisten bereits ein neues, angemessenes Tätigkeitsfeld zugewiesen. In Hangzhou, der Tourismusstadt, sind 77 Stellen neu besetzt worden. Das Eisen- und Stahlwerk Baoshan, das sich noch im Bau befindet, und die petrochemische Hauptfabrik Jinshan haben 171 Fremdsprachenexperten als technische Übersetzer angestellt (BRu, 1979, Nr.52, S.6).

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(17) China nimmt nun doch an der Arbeit des UN-Abrüstungskomitees teil

China hat seinen Beschluß bekanntgegeben, in Genf dabei zu sein, wenn im Februar 1980 die neue, dritte Abrüstungssitzung des Committee on Disarmament beginnt. Dieses Komitee war aufgrund eines Beschlusses der 10. Sondersitzung der UN-Generalversammlung im Jahre 1978 eingerichtet worden, und zwar anstelle der "Conference of the Committee on Disarmament" (als Abkürzungen sind "c.d." bzw. "c.c.d." üblich). Der Ausschuß besteht aus den fünf permanenten Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates und 35 Ländern, von denen jedes der Reihe nach einmal den Vorsitz übernimmt, während in der c.c.d. stets die Sowjetunion oder aber die USA alternierend den Vorsitz geführt hatten. An den ersten zwei Sitzungen hatte China noch nicht teilgenommen (XNA, 11.12.79).

-we-

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(18) Mehr Fremdsprachenexperten

Mit der Zunahme des internationalen Austausches wächst der Bedarf nach Fremdsprachenexperten.

Nach einer Untersuchung aus dem Jahre 1979 gibt

INNENPOLITIK

(19) Herausragende Ereignisse der innenpolitischen Entwicklung der Volksrepublik China im Jahre 1979

1. Weitere Absicherung des neuen Kurses

Das wohl wichtigste Ergebnis der innenpolitischen Entwicklung der Volksrepublik China im Jahre 1979 war die weitere personelle und politisch-ideologische Absicherung des neuen Kurses, der nach Maos Tod und dem Sturz der mit ihm verbündeten "Viererbande" Ende 1976 eingeschlagen wurde. Hauptvertreter dieses neuen Kurses, der der Produktion bzw. den "Vier Modernisierungen" anstatt der Revolution und der sozialen Harmonie anstatt des Klassenkampfes mehr oder minder absoluten Vorrang einräumt, sind Deng Xiaoping, Hu Yaobang, Chen Yun, Geng Biao, Peng Zhen, Zhao Ziyang u.a. Gegner dieses während der Kulturrevolution als "revisionistisch" und "kapitalistisch" verteilten Kurses sind die Mitglieder der maoistischen Restfraktion um den stellvertretenden Parteivorsitzenden Wang Dongxing. Der Parteivorsitzende Hua Guofeng schwebt vermittelnd über diesen beiden Fraktionen und vertritt nach außen die im Ständigen Ausschuß des Politbüros, des ZK der PKCh, dem höchsten Entscheidungsgremiums der VRCh, mehrheitlich gefaßten Beschlüsse.

Die Arbeitstagung des Zentralkomitees im April 1979, die 2.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses (18.6.-1.7.1979) und die 4.Plenar-

tagung des XI.Zentralkomitees der KPCh (25.-28.9.1979) setzten das Werk der graduellen politischen Entmachtung der linken Fraktion, d.h. der maoistischen Dogmatiker, sowohl personell als auch politisch-ideologisch fort, das die 3.Plenartagung des XI.Zentralkomitees der KPCh im Dezember 1978 gezielt in Angriff genommen hatte. Nichtsdestotrotz sitzt im Ständigen Ausschuß des Politbüros nach wie vor der Kopf der maoistischen Restfraktion, der stellvertretende Parteivorsitzende Wang Dongxing, und unter den 22 Mitgliedern des Politbüros sind nach wie vor 5 Politiker, die zur Fraktion der maoistischen Dogmatiker zu zählen sind. Obwohl Deng Xiaoping mit dem 66jährigen Hu Yaobang bereits einen - für chinesische Verhältnisse - jungen Nachfolger gefunden und diesen auch in einflußreichste Positionen gebracht hat (Hu Yaobang ist Politbüromitglied, Generalsekretär des Zentralkomitees der KPCh, Direktor der Propagandaabteilung des Zentralkomitees und Dritter Sekretär der Disziplinarkontrollkommission des Zentralkomitees), muß die Deng-Fraktion die Nachfolgefrage so schnell wie möglich durchgreifend regeln, da ihre Mitglieder wesentlich älter sind als die bisher verschonten maoistischen Linken, und weil es in der mittleren und unteren Kaderebene nach wie vor eine Reihe von Kadern gibt (Deng Xiaoping sprach unlängst von einem Drittel aller Funktionäre!), die sich dem maoistischen Entwicklungskonzept verpflichtet fühlen und gegen den neuen Kurs Widerstand leisten. Vorausschauend muß jedoch gesagt werden, daß mit einem politischen Umsturz der maoistischen Linken zumindest kurz- und mittelfristig nicht zu rechnen ist. Eine durchgreifende Lösung des Nachfolgeproblems und die personelle Ausrichtung der politischen Führungsorgane auf allen Ebenen (beides wurde gegen Ende des Jahres 1979 verstärkt in Angriff genommen) dürften den neuen Kurs auch langfristig absichern.

2. Weitere Entmaoisierung und Entmaofizierung

Im Zusammenhang mit der Durchsetzung des neuen Kurses, für den Deng Xiaoping maßgeblich zeichnet, wurde die auf der 3. Plenartagung des XI.Zentralkomitees im Dezember 1978 eingeleitete verstärkte Entmaoisierung auf politischem, ideologischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und eine regelrechte Entmaofizierung fortgesetzt. Dabei hielt man der Form nach an Mao fest, während man sich dem Inhalt nach mehr und mehr von der Person und Politik Mao Zedongs entfernte. Mao Zedong wurde auch das alleinige Urheberrecht an den Maozedongideen aberkannt, so daß nun unter den "Maozedongideen" auch das politische Gedankengut von Zhou Enlai, Deng Xiaoping und anderen subsumiert und der eigentliche maoistische Gehalt der offiziellen Mao-Ideologie mehr und mehr eliminiert werden können. Gleichzeitig setzte man die Rehabilitierung anti-maoistischer Kräfte, die in den Jahren von 1957 bis 1976 politisch verfolgt worden waren, fort.

3. Trennung von Partei- und Regierungsorganen und Reaktivierung des chinesischen "Par-

laments", d.h. des Nationalen Volkskongresses, und der lokalen Volkskongresse sowie die Wiedereinführung von Wahlen auf verschiedenen Ebenen.

4. Mehr Rechtssicherheit, aber nur beschränkte Demokratie

Die Rückkehr zu einer rechtsstaatlichen Ordnung manifestierte sich unter anderem

- in der Verabschiedung von sieben Gesetzen - darunter das Strafgesetzbuch und die Strafprozeßordnung - auf der 2. Tagung des V.Nationalen Volkskongresses (diese Gesetze treten am 1.1.1980 in Kraft),
- in dem Beschluß über die weitere Gültigkeit der Gesetze und Verordnungen, die nach der Gründung der VR China ausgearbeitet wurden,
- in einer Serie öffentlicher Musterprozesse,
- in der Wiedereinrichtung des Justizministeriums,
- in der Wiederaufnahme der Arbeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften,
- in der Wiedezulassung der Verteidiger und
- in einer umfangreichen, teilweise kontrovers geführten Rechtsdiskussion in den chinesischen Massenmedien.

Die "Demokratische Bewegung" erlebte jedoch nur einen kurzen Frühling: sie wurde Mitte März zum ersten Mal verboten. Ihr kurzfristiges Wiedererleben im August und September wurde mit erneuter Repression beantwortet: Der chinesische Oppositionelle Wei Jingsheng wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt und die "Mauer der Demokratie" im Herzen Pekings wurde in einen einsamen Park am Stadtrand Pekings verbannt. Gleiches geschah mit den "Demokratischen Mauern" in anderen Landesteilen, und auch die Verhaftung von Oppositionellen und die teilweise sehr harten Urteile gegen sie blieben nicht auf Peking beschränkt. Die Ausübung demokratischer Rechte wird sich künftig vornehmlich auf die Teilnahme an Wahlen zu Volkskongressen der verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Produktionseinheiten sowie auf die betriebliche Mitbestimmung bei Produktionsfragen beschränken. Der Rahmen demokratischer Freiheiten wurde von Deng Xiaoping in einer Rede am 16. März abgesteckt: Demokratie sei die Freiheit, Vorschläge zu machen und zu realisieren, die dem Konzept der "Vier Modernisierungen" entsprächen. So offenbarte die politische Entwicklung im Jahre 1979 zunehmend, daß die von der neuen Führung intendierte "Demokratisierung" vor allem als ein Mittel (und nicht als Ziel) gesehen wird, um die bisher in Partei und Verwaltung verbliebenen maoistischen Dogmatiker abzuwählen und durch eine Partizipation der Bürger an Entscheidungsprozessen im Produktionsbereich die Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft zu beschleunigen.

5. Rückkehr zur Einheitsfrontpolitik der frühen 50er Jahre

Die Rehabilitierung der Abteilungen für Einheitsfront, Nationale Minderheiten und Reli-

giöse Angelegenheiten beim Zentralkomitee der KPCh leiteten umfangreiche Bemühungen der neuen Partei- und Staatsführung ein, um möglichst alle sozialen Schichten sowie politische, ethnische und religiöse Gruppen zur Unterstützung des neuen Kurses zu gewinnen. Dazu wurde die nationale Dachorganisation der Einheitsfront, die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, die 1978 reaktiviert worden war, verstärkt eingesetzt. So wurden u.a. die alten demokratischen Parteien wieder belebt und eine liberale Politik gegenüber den religiösen Gruppen und den nationalen Minderheiten eingeschlagen. Die früheren Unternehmer wurden rehabilitiert, erhielten ihren in der Kulturrevolution beschlagnahmten Besitz zurück und wurden in führende Wirtschaftspositionen berufen. Eine offener Haltung nahm man auch gegenüber den Auslandschinesen ein, und die neue Führung rehabilitierte die in der Kulturrevolution als "stinkende Nummer 9" verdampte soziale Schicht der Intellektuellen.

6. Kampagne gegen Privilegien

Von April bis November lief in der chinesischen Presse eine Kampagne gegen die Privilegien und die anscheinend weitverbreitete Korruption unter den Partei- und Staatsfunktionären einmal, um diese Dinge zu eliminieren und zum ändern, um das Verhältnis zwischen Führung und Bevölkerung zu verbessern. Während der Kampagne wurden u.a. auch die Mitglieder der maoistischen Restfraktion wegen der von ihnen genossenen Privilegien und der Verschwendung von staatlichen Mitteln heftigst kritisiert, so daß in der weiteren Schwächung der Macht und des Ansehens der maoistischen Linken ein weiteres Ziel dieser Kampagne zu vermuten ist. Nachdem jedoch die Kritik an privilegierten und korrupten Funktionären innerhalb der Bevölkerung immer schärfer wurde und schließlich sogar die Kommunistische Partei selbst erfaßte, wurde im November offenbar die Einstellung der Anti-Privilegien-Kampagne zumindest in den Massenmedien angeordnet.

7. Ansteigen der Kriminalität

In der zweiten Jahreshälfte häuften sich in den chinesischen Massenmedien Berichte über ein erhebliches Ansteigen der Kriminalität, insbesondere der Jugendkriminalität. Mord, Vergewaltigung, Diebstahl, Bandenwesen, Betrug, Schwarzmarktaktivitäten und Unterschlagung wurden dabei besonders angegriffen. In einigen Berichten wurde die Situation der öffentlichen Sicherheit und Ordnung an manchen Orten als "chaotisch" bezeichnet. In einer Reihe von Konferenzen über öffentliche Sicherheit und Ordnung wurden Gegenmaßnahmen beschlossen, darunter der Einsatz der Volksarmee als Ordnungsfaktor. Gegen Ende des Jahres scheinen die getroffenen Maßnahmen, darunter die verstärkte Arbeitsbeschaffung für arbeitslose Jugendliche, erste Erfolge gezeitigt zu haben.

8. Verstärkte Bemühungen zur Senkung der Bevölkerungswachstumsrate

Angesichts der gewaltigen Bevölkerungs-, Ernährungs- und Arbeitsprobleme (die Bevölkerung hat anscheinend bereits 1979 die Milliardengrenze überschritten) hat die chinesische Partei- und Staatsführung 1979 rigorose Maßnahmen zur Senkung der Geburtenrate ergriffen. Dazu zählen die Einräumung erheblicher sozialer und materieller Vorteile für sogenannte Ein-Kind-Familien und materielle und soziale Strafmaßnahmen für Eltern mit mehr als zwei Kindern. Während diese Maßnahmen in den Großstädten bereits zu einer erheblichen Senkung der Bevölkerungswachstumsrate führten, tritt auf dem Lande die Bewegung zur Einschränkung der Geburtenrate offenbar auf der Stelle. Hauptgrund hierfür ist die fehlende Altersversorgung für die chinesischen Bauern, die im Gegensatz zu den Arbeitern der staatlichen Betriebe keine Pensionierung und Altersrente kennen. Solange es daher für die Bauern keine ausreichende Altersversorgung gibt, wird eine entscheidende Senkung der Geburtenrate in den ländlichen Gebieten kaum möglich sein.

-sch-

(20) Volkskongresse von 14 Provinzen, 2 Autonomen Gebieten und 2 Regierungsunmittelbaren Städten traten im Dezember zusammen

Im Dezember 1979 traten in folgenden 14 Provinzen, 2 Autonomen Gebieten und 2 Regierungsunmittelbaren Städten die Volkskongresse zu Tagungen zusammen:

Provinz Anhui
 Provinz Fujian
 Provinz Gansu
 Provinz Guangdong
 Autonomes Gebiet Guangxi der Zhuang-Nationalität
 Provinz Heilongjiang
 Provinz Hunan
 Autonomes Gebiet Innere Mongolei
 Provinz Jiangsu
 Provinz Jiangxi
 Regierungsunmittelbare Stadt Peking
 Provinz Shaanxi
 Provinz Shandong
 Regierungsunmittelbare Stadt Shanghai
 Provinz Shanxi
 Provinz Sichuan
 Provinz Yunnan
 Provinz Zhejiang

Die Volkskongreßtagungen vollzogen die im "Organisationsgesetz der lokalen Volkskongresse und der lokalen Volksregierungen aller Ebenen der Volksrepublik China" vorgesehene Umwandlung der kulturevolutionären Revolutionskomitees in Volksregierungen und wählten die Mitglieder der Volksregierungen (Provinz-Gouverneure bzw. Vorsitzende der Volksregierungen der Autonomen

Gebiete bzw. Bürgermeister) und der Ständigen Ausschüsse der Volkskongresse auf Provinzebene. Auf der Tagungsordnung der Volkskongreßtagungen standen weiterhin die Wahl der Präsidenten der Höheren Volksgerichtshöfe sowie der Generalstaatsanwälte der Höheren Volksanwaltschaften. Darüber hinaus stand die Verabschiedung der Berichte über die Tätigkeit der alten Revolutionskomitees, der Volkswirtschaftspläne für 1979 und 1980, der Haushaltspläne für 1979 und 1980, der Haushaltsbilanzen für 1978 und anderer Berichte auf dem Programm. Gleichzeitig mit den Volkskongreßtagungen auf Provinzeben traten die Provinzkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes zusammen und wählten neue Führungsmannschaften.

Bis Ende des Jahres 1979 haben damit bereits in 16 Provinzen, vier Autonomen Gebieten und 2 Regierungsunmittelbaren Städten Tagungen der Volkskongresse stattgefunden und die im Organisationsgesetz vorgesehenen Führungsorgane sind eingerichtet und personell besetzt worden. Lediglich in den fünf Provinzen Guizhou, Hebei, Hubei, Jilin und Liaoning, im Autonomen Gebiet Ningxia der Hui-Nationalität und in der Regierungsunmittelbaren Stadt Tianjin sind die Volkskongresse noch nicht zusammengetreten.

Die Ergebnisse der bisherigen Wahlen der Provinzgouverneure, Vorsitzenden der Volksregierungen der Autonomen Gebiete und Bürgermeister zeigen, daß in den meisten Fällen mit der Abschaffung der Revolutionskomitees und der Reetablierung der Volksregierungen auch eine klare Trennung von Partei- und Staatsorganen eingeleitet wurde. Seit der Schaffung der Revolutionskomitees in der Kulturrevolution war der Vorsitzende des Revolutionskomitees fast ausnahmslos mit dem Ersten Sekretär des Parteikomitees identisch gewesen, und auch auf den Posten der stellvertretenden Revolutionskomitee-Vorsitzenden saßen sehr oft die Sekretäre der Parteikomitees. Nach den Wahlen der Mitglieder der Volksregierungen und der Ständigen Ausschüsse der Volkskongresse in 16 Provinzen, 4 Autonomen Gebieten und 2 Regierungsunmittelbaren Städten ist nur noch in den Provinzen Qinghai, Guangdong und Shaanxi sowie in den beiden Regierungsunmittelbaren Städten Peking und Shanghai der Erste Sekretär des Provinz- bzw. Stadtparteikomitees mit dem Provinzgouverneur bzw. Bürgermeister identisch. In den vier Provinzen Zhejiang, Fujian, Yunnan und Jiangsu ist der erste Sekretär des Provinzparteikomitees gleichzeitig Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Provinzvolkskongresses.

Ein weiteres herausragendes Ergebnis der bisherigen Volkskongreßtagungen und der Wahlen der Volksregierungen und der Ständigen Ausschüsse der Volkskongresse ist die weitere Eliminierung der linken maoistischen Fraktion: So wurde z.B. in der Provinz Shaanxi Chinas Modellbauer der Mao-Ära, der frühere Leiter der Produktionsbrigade Dazhai, Chen Yonggui, nicht mehr in die Provinzführung gewählt (er war zuvor stellvertretender Vorsitzender des Provinz-Revolutions-

komitees). Auch seine Nachfolgerin in Dazhai, Guo Fenglian, wurde nicht wiedergewählt (sie war früher ebenfalls stellvertretende Vorsitzende des Revolutionskomitees der Provinz Shaanxi). Zur personellen Zusammensetzung der neugewählten Provinzfürhungen siehe Wolfgang Bartke im Teil "Official Activities" dieses Heftes.

-sch-

(21) Einsame Parks und strikte Grenzen für Chinas "Demokratische Mauern"

Das Wiederaufleben der Aktivitäten chinesischer Oppositioneller in den Monaten August bis September 1979 in Form der Veröffentlichung von mehr Wandzeitungen, der verstärkten Herausgabe von Untergrundzeitschriften und verschiedenen Demonstrationen (siehe C.a., Oktober und November 1979) und die daraufhin einsetzenden Repressionen von staatlicher Seite ab Mitte Oktober haben im Dezember 1979 in einigen chinesischen Städten zur Einschränkung des in Art. 45 der chinesischen Verfassung garantierten Rechts auf Abfassung von Wandzeitungen geführt: In Hangzhou, Nanjing und Peking wurden "vorläufige Bestimmungen" vom jeweiligen städtischen Revolutionskomitee erlassen, die die Veröffentlichung von Wandzeitungen auf bestimmte Orte beschränken. Diesen Maßnahmen der städtischen Revolutionskomitees vorausgegangen war die Aufforderung der Teilnehmer der 12. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.NVK (23. bis 29.11.1979) an das Revolutionskomitee der Stadt Peking, das Problem der "Mauer der Demokratie" am Xidan-Markt in Peking durch entsprechende Maßnahmen zu lösen. Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des V.NVK und des Revolutionskomitees der Stadt Peking waren zunächst mehrheitlich der Meinung gewesen, die weitere Veröffentlichung von Wandzeitungen gänzlich zu verbieten. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas schloß sich jedoch dem Minderheitsvotum der Gegner eines völligen Verbots von Wandzeitungen an und verfügte, daß das Recht auf Abfassung und Veröffentlichung von Wandzeitungen lediglich eingeschränkt werden solle (Dongxiang, Nr.16 vom 16.1.80, S.5). Der identische Wortlaut der "Vorläufigen Bestimmungen" der Revolutionskomitees der Städte Hangzhou und Peking ist ein Anzeichen dafür, daß das Zentralkomitee der KPCh in der Frage der Einschränkung der Wandzeitungsbewegung offenbar ein für das ganze Land gültiges ZK-Dokument erlassen hat (Radio Peking, 6.12.79, nach SWB 10.12.79; Radio Zhejiang, 11.12.79, nach SWB, 15.12.79).

Die "Vorläufigen Bestimmungen" der Revolutionskomitees der Städte Peking und Hangzhou enthalten folgende vier Vorschriften:

1. In Zukunft dürfen alle Wandzeitungen nur in der eigenen Einheit oder an der dafür vorgesehenen Stelle im Mondaltar-Park (Peking) bzw.

Flußufer-Park (Hangzhou) angeschlagen werden. Die Veröffentlichung von Wandzeitungen an anderen Plätzen ist verboten.

2. Eine Registrierstelle für Wandzeitungen soll dort eingerichtet werden, wo Wandzeitungen aufgehängt werden dürfen. Jene Personen, die Wandzeitungen aufhängen wollen, müssen dort zuvor ihren Namen, ihre Adresse und ihre Einheiten, zu denen sie gehören, registrieren lassen. Der Inhalt der Wandzeitungen darf von der Registrierstelle nicht untersucht werden.

3. Jene Personen, die Wandzeitungen veröffentlichen, sind politisch und juristisch für ihren Inhalt verantwortlich. Es ist verboten, in den Wandzeitungen Staatsgeheimnisse offenzulegen, Falschmeldungen zu verbreiten, falsche Anschuldigungen vorzubringen, Beleidigungen auszusprechen und andere illegale Aktivitäten zu unternehmen.

4. Es ist verboten, an den für die Veröffentlichung von Wandzeitungen vorgesehenen Orten Unruhe und Aufruhr zu stiften, und wer dies dennoch tut, wird entsprechend den Gesetzen verurteilt (ebd.).

Wie in Peking beschloß auch das Revolutionskomitee der Stadt Nanjing, die "Westmauer" in der Zhongshannan-Straße als Ort zur Veröffentlichung von Wandzeitungen zu verbieten. Das Revolutionskomitee der Stadt Nanjing verfügte darüber hinaus, daß Personen, die Wandzeitungen veröffentlichen wollen, dies nur noch an den dafür vorgesehenen Plätzen in ihren eigenen Einheiten tun dürfen (Radio Jiangsu, 2.1.80, nach SWB, 8.1.80). Ganz offensichtlich ist damit beabsichtigt, die "Demokratische Bewegung" und die Wandzeitungen weg von der Straße und anderen öffentlichen Plätzen in die "Einheiten" (danwei: Fabriken bzw. Werkstätten, Produktionsgruppen, Schulen, Krankenhäuser, Institute, Ämter usw.) zu verbannen. Damit wird die Öffentlichkeit der Wandzeitungen ganz erheblich eingeschränkt ("Einheits-Öffentlichkeit"), Wandzeitungen und die Aktivitäten ihrer Verfasser werden besser kontrollierbar, und einer Einheits-übergreifenden Solidarität oppositioneller Elemente wird damit ein Riegel vorgeschoben.

Auch aus der Hauptstadt der Provinz Jiangxi, Nanchang, wurde berichtet, daß das dortige Revolutionskomitee der Stadt "die notwendigen Maßnahmen" hinsichtlich der "Demokratischen Mauer" um den Arbeiterkulturpalast von Nanchang getroffen habe (Radio Jiangxi, 9.12.79, nach SWB, 13.12.79). Aus Tianjin war zu hören, daß "es für die große Mehrheit unserer Parteimitglieder, Kader und unseres Volkes nicht gut ist, ihre Meinungen und Forderungen mit Hilfe von in den Straßen aufgehängten Wandzeitungen vorzutragen". Stattdessen sollten dafür "die im demokratischen Zentralismus vorgesehenen Kanäle" benutzt werden (Radio Tianjin, 24.12.79, nach SWB, 8.1.80).

Auch das sehr harte Vorgehen gegen Oppositionelle wurde im Dezember fortgesetzt: Am 9.12.1979 wurde in der Stadt Xinjiang in der Provinz Henan Guo Shuzhang als "Konterrevolutionär" zu 8 Jahren Gefängnis und dem Entzug der politischen Rechte für 13 Jahre verurteilt, weil Guo am 25.10. dieses Jahres in "konterrevolutionären Briefen" und "konterrevolutionären Wandzeitungen" für den "Konterrevolutionär Wei Jingsheng" eingetreten sei (Radio Henan, 18.12.79, nach SWB, 8.1.80). Das hohe Urteil gegen Guo Shuzhang scheint anzudeuten, daß das mit 15 Jahren Haft sehr harte Urteil gegen den Oppositionellen Wei Jingsheng kein Einzelfall war und bleiben wird (siehe auch C.a., Oktober 1979, 0.28).

-sch-

(22) III. KP-Kongreß der Provinz Fujian

Die Provinzorganisation der Kommunistischen Partei Chinas in Fujian hielt ihren III.Kongreß Anfang Dezember 1979 in der Provinzhauptstadt Fuzhou ab. Der III.Provinzparteikongreß wählte das III. Provinzparteikomitee der KPCh von Fujian und verabschiedete den Bericht des Ersten Sekretärs des Provinzparteikomitees, Liao Zhigao. In seinem Bericht, der vornehmlich der "sozialistischen Modernisierung in der Provinz Fujian" gewidmet war, zog Liao Zhigao zunächst eine Bilanz der letzten drei Jahre seit dem Sturz der "Viererbande". Im Gegensatz zu Zeitungsmeldungen aus einigen anderen Provinzen bezeichnete Liao die "politische Lage der Stabilität und Einheit" in der Provinz Fujian als "ausgezeichnet". In dem zweiten Teil seiner Rede ging der Parteisekretär auf die "zentrale Aufgabe der sozialistischen Modernisierung" ein und forderte die Verwirklichung eines Dokuments des Zentralkomitees der KPCh und des Staatsrates, "das Fujian eine besondere Politik und flexible Maßnahmen in seinen wirtschaftlichen Aktivitäten mit ausländischen Staaten erlaubt". Der wirtschaftliche Austausch mit dem Ausland müsse vergrößert werden, um die Deviseneinnahmen zu erhöhen. Darüber hinaus müsse die landwirtschaftliche Entwicklung beschleunigt und die Produktion erhöht werden. In dem dritten Teil seiner Rede forderte Liao Zhigao eine weitere Stärkung der Führung durch die KPCh und eine verstärkte Entwicklung der Einheitsfront (Radio Fujian, 9.12.79, nach SWB 13.12.79; Radio Fujian, 11. und 12.12.79, nach SWB, 18.12.79).

Das auf dem III. Parteitag der Provinz Fujian gewählte dritte Provinzparteikomitee hielt am 13. Dezember 1979 eine Plenarsitzung ab, auf der die Provinzparteisekretäre und die Mitglieder der Disziplinungskontrollkommission des Provinzparteikomitees gewählt wurden. Zum Ersten Provinzparteisekretär wiedergewählt wurde Liao Zhigao. Ma Xingyuan, Jin Zhaodian und Wu Hongxiang wurden in ihren Ämtern als Sekretäre des Provinzparteikomitees bestätigt. Neugewählt

wurden Li Zhengting, Guo Zhao und Xu Ya als Sekretäre des Provinzpartei Komitees von Fujian. Nicht wiedergewählt wurden Bai Zhimin, Jiang Liyin, Lin Yixin und Zhu Shaoqing (RMRB, 25.12.79; Xinxua, 24.12.79, nach SWB, 7.1.1980).

-sch-

(23) Sekretariat des Provinz- Partei Komitees von Jiangsu eingrichtet

Das Provinzpartei Komitee der KPCh von Jiangsu hielt vom 14. bis 21. Dezember 1979 eine Plenarsitzung ab, auf der eine Bilanz der Arbeit der letzten beiden Jahre gezogen und die künftigen Aufgaben diskutiert wurden. Dabei betonten die Teilnehmer der Sitzung, daß man sich in Zukunft noch mehr um die Lebensverhältnisse der Menschen in den von Naturkatastrophen betroffenen Gebieten und in den ärmeren Regionen kümmern müsse. Auf der Plenarsitzung gab der Ständige Ausschuß des Provinzpartei Komitees bekannt, daß (entsprechend der Organisation des Zentralkomitees der KPCh; Anm. des Verf.) das Sekretariat des Provinzpartei Komitees der KPCh von Jiangsu eingerichtet werden und aus den gegenwärtigen acht Sekretären des Provinzpartei Komitees bestehen solle. Der bisherige Sekretär des Partei Komitees Hu Hong wurde zum ständigen Sekretär des Sekretariats des Provinzpartei Komitees von Jiangsu ernannt (Radio Jiangsu, 21.12.79, nach SWB 10.1.80).

-sch-

(24) Eine Milliarde Einwohner

Auf Seite 1 der RMRB vom 28.12.1979 heißt es: "Wir sollten verstehen, daß es nicht gerade einfach ist, die Modernisierung in einem so großen Land wie dem unseren mit einer Bevölkerung von einer Milliarde Menschen durchzuführen, in dem so viel Unrast und Durcheinander geblieben ist." Damit spricht China selbst zum ersten Mal davon, daß die magische Grenze von einer Milliarde erreicht sei. 1977 lebten 4083 Millionen Menschen auf der Erde. Die Länder mit einer Bevölkerung von über 100 Millionen waren und sind: China, damals 975 Mio. (heute: 1 Milliarde), Indien: damals 622, UdSSR: 259, USA: 216, Indonesien: 137, Japan: 114 und Brasilien: 112 Millionen Menschen. Jeder vierte Erdenbewohner ist m.a.W. ein Chinese.

-we-

(25) Prostitution?

Nach einer Meldung der Beijing Ribao vom 27.12.1979 hat die Pekinger Polizei 16 Prostituierte und deren Zuhälter festgenommen, die im "Friedenscafé" durch lukrative Geschäfte mit Ausländern "dem Ansehen Chinas geschadet" hätten. Drei der Festgenommenen würden noch vor

Gericht gestellt, neun seien bereits zu Zwangsarbeit in landwirtschaftliche Betriebe geschickt worden. Die übrigen habe man entweder freigelassen oder zu jugendlichen Delinquenten erklärt, was normalerweise einen Aufenthalt in einer Umerziehungsanstalt bedeutet.

-we-

(26) Weitere Beiträge zur Gerüchte- küche des Senders "1. August"

Der wahrscheinlich von Vietnam und der Sowjetunion gemeinsam betriebene Sender "Bayi" ("1. August", erinnernd an den Gründungstag der VBA im Jahre 1927) greift das chinesische Gesellschaftssystem weiterhin an empfindlichen Stellen an. Am 2. August spricht Bayi von der "Rückständigkeit der chinesischen Landwirtschaft". Die Pro-Kopf-Getreidezuteilung für 300 Mio. Bauern liege bei weniger als 300 Catties, sie lebten also am Rande des Hungers. Das Durchschnittseinkommen des chinesischen Bauern liege bei täglich rund 20 Fen (1 Yuan = 100 Fen). Auch die Landwirtschaftsinvestitionen seien viel zu niedrig: Sie hätten 1979 14% des Haushalts (= 5,5 Mrd. Yuan) betragen. Da es in China 1,5 Mio. Mu Ackerland gibt, bedeutet dies, daß nur etwas über 3 Yuan pro Mu investiert worden seien. Dafür könne man nur 6,8 kg Dünger pro Mu kaufen. Gleichzeitig hätten die Militärausgaben der letzten drei Jahre jeweils 40% des nationalen Budgets in Anspruch genommen (SWB, 21.12.79). (Diese Zahlen decken sich nicht mit den 1979 von Peking offiziell angegebenen Haushaltsausgaben.) Ferner: Deng habe gegenüber Japan kapituliert und praktisch die Senkaku-Inseln (Diaoyu) den Japanern zuerkannt (SWB, 21.12.79); des weiteren ist die Rede von "wachsender Unterdrückung" in China: Obwohl die Viererbande schon vor drei Jahren ausgeschaltet worden sei, sei es immer noch gefährlich, in China die Wahrheit auszusprechen oder aber Wandzeitungen mit regierungskritischem Inhalt anzubringen. Seit der Verurteilung Wei Jingshengs seien über 42.000 Dissidenten verhaftet worden (SWB, 21.12.79). Deng Xiaoping betreibe eine typische "Ein-Mann-Herrschaft", nachdem er alle Partei-, Regierungs- und Militärspitzenposten besetzt habe. Er führe die einsame Diktatur Mao Zedongs weiter (SWB, 21.12.79). Was die Waffenbeschaffung anbelange, so habe Deng Xiaoping ursprünglich alle möglichen Arten von Waffen aus dem Westen importieren wollen, angefangen von Tank- Abwehrwaffen über Luft-Luft- und Boden-Boden-Raketen bis zu ferngelenkten Raketen, Helikoptern und Anti-U-Bootwaffen. Doch seien diese Pläne an den wirtschaftlichen Engpässen gescheitert. Man solle sich deshalb wieder an den ersten Fünf-Jahres-Plan erinnern, der die Grundlage für eine solide Aufrüstung gelegt habe, und bei dem man auf komplette Blaupausen und technisches Know-how habe zurückgreifen können. (Ohne dies ausdrücklich zu erwähnen, wird hier offensichtlich auf die Mithilfe der Sowjetunion während des ersten Fünf-Jahres-Plans abgestellt.)

(SWB, 21.12.79)

Eine andere Quelle, diesmal nicht vietnamesisch/sowjetischer, sondern taiwanesischer Provenienz, weist darauf hin, daß "Hua Guofeng den internen Auseinandersetzungen innerhalb des Beijinger Regimes zum Opfer gefallen und zu dessen Marionette geworden ist. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden Parteiangelegenheiten, politische und auswärtige Angelegenheiten von Deng Xiaoping, militärische Angelegenheiten von Ye Jianying, Deng Xiaoping und Verteidigungsminister Xu Xiangjian, finanzielle und kommerzielle Fragen von Chen Yun und Li Xiannian und allgemeine sowie persönliche Angelegenheiten vom Zentralen Politbüro gehandhabt. Hua Guofeng hat keinerlei Macht, irgendeine Entscheidung zu treffen. Er spielt nur eine nominelle Rolle und ist damit beschäftigt, ausländische Gesandte zu empfangen und Auslandsreisen zu unternehmen. Wenn Hua mit ausländischen Gästen zusammen trifft, muß er sich innerhalb des von Deng Xiaoping gesteckten Rahmens unterhalten. Sollte er darüber hinausgehen, läuft er Gefahr, kritisiert zu werden. Aus diesem Grunde gibt er auch stets ausweichende Antworten, wenn seine Unterredung mit ausländischen Gesandten auf heikle Fragen stößt oder wenn die Unterredung über den gesetzten Rahmen hinausgeht" (CNA/engl., 13.12.79). Der letztgenannte Bericht könnte, so abenteuerlich er auf den ersten Blick ausschaut, als Argument für sich ins Feld führen, daß die Tienanmen-Vorfälle vom April 1976 Ende 1978 vom ZK für "revisionistisch" erklärt wurden. An den damaligen Vorfällen, d.h. an der Niederschlagung des Protestmarsches zahlreicher Deng-Xiaoping-Anhänger, war kein geringerer beteiligt als Hua Guofeng, der damals noch den Posten eines Sicherheitsministers bekleidete. Hier liegt in der Tat eine Ungereimtheit: Wie paßt der Revisionismusvorwurf zum heutigen Parteivorsitzenden?

In einem Prawda-Artikel vom 18. Dezember wird behauptet, daß in China rund 100 Millionen Menschen nie satt werden. Obwohl man über das Leben der 800 Millionen Chinesen auf dem Lande wenig wisse, sei doch bekannt geworden, daß in mehreren Regionen die in den Volkskommunen lebenden Bauern weder Geld noch Lebensmittel für ihre Arbeit bekämen, sondern von dem nur einige Dutzend qm großen privat genutzten Hofland lebten. Eine "Welle der Unzufriedenheit" überspüle auch die Industriezentren Chinas, in denen es jetzt schon 20 Mio. Arbeitslose gebe.

-we-

VERTEIDIGUNG

(27) Armee leistet Polizeidienste

Im Widerspruch zu den am 1. Juli 1979 beschlossenen Straf- und Prozeßgesetzen, die am 1. Januar 1980 in Kraft getreten sind und deren Zweck es ja sein sollte, alle Kriminalverfol-

gungsfragen in eigener Regie zu lösen (die Gerichte, Volksanwaltschaften und Organe der öffentlichen Sicherheit sollten das Monopol in diesem Bereich haben), wird in den letzten Monaten zunehmend das Militär als Sicherheitsgarant eingeschaltet, und zwar vor allem in Shanghai sowie in der Provinz Fujian. Radio Shanghai (3.12.79 in SWB, 10.12.79) gab bekannt, daß Soldaten der Shanghai Garnison in enger Zusammenarbeit mit den Ämtern für öffentliche Sicherheit (also den Polizeidienststellen) Streifengänge übernommen hätten, um die "gesellschaftliche Ordnung" aufrechtzuerhalten. U.a. habe man Streifen zu Fuß und Motorradstreifen eingerichtet, die im 24-Stunden-Einsatz beschäftigt seien. Bereits am 29. November 79 habe die Garnison für 270 Streifen zu Fuß und 54 Motorradstreifen gesorgt, die eine Strecke von zusammen 3140 km kontrollieren. Eine Kompanie habe sogar spezielle Schutzpatrouillen ausgesandt, um Arbeiter, die für die Nachtschicht eingeteilt seien, in einer "bestimmten Fabrik" zu schützen. Gewisse Gebiete Shanghais scheinen nach alledem nachts alles andere als sicher zu sein.

Eine ähnliche Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsämtern und VBA-Verbänden wird aus der Provinz Fujian gemeldet. In der Stadt Xiamen richtete die VBA eine Küstenpatrouillenabteilung ein, die 1979 220 Patrouillendienste durchführte. Vom 8. bis 12. Dezember 1979 hielt der Provinzparteiausschuß von Fujian eine Konferenz über öffentliche Sicherheit ab, in der zur Wachsamkeit angesichts gestiegener Kriminalität aufgerufen wurde. Ein besonderes Auge müsse man auf Jugendliche und Heranwachsende richten, die sich nicht an das Gesetz hielten und "Anarchismus und extremen Individualismus" an den Tag legten. Sie seien "Rückstände Lin Biaos und der Viererbande". U.a. sei die VBA aufgerufen, an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit mitzuwirken (Radio Fuchuo, 15.12., in SWB, 20.12.79).

Auch in der Hauptstadt Peking übernimmt die VBA gewisse Sicherheitsaufgaben, und zwar vorerst in Form von Schulungskursen, die außerhalb der üblichen Unterrichtsstunden stattfinden. Die Peking-Garnison stellte zu diesem Zweck 1500 Offiziere und Soldaten bereit, die an rund 800 Mittel- und Grundschulen damit beschäftigt sind, die Studenten und Schüler "moralisch, intellektuell und physisch in umfassender Weise zu erziehen". Vor allem die Schulen im Qianmen- und im Chongwenmen-Bezirk seien Adressaten solcher Schulungskurse. Die Schüler und Studenten müßten daran gewöhnt werden, sich an das Gesetz zu halten (XNA nach SWB, 10.12.79).

-we-